

Verbands-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lüncher und Weißbinder

Nr. 21

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis (M. 1, 50 pro Quartal,
Kontingenz und Expedition: Hamburg 23,
Lübecker-Strasse 1). Fernspr. 5, 6246.

Hamburg, den 25. Mai 1918

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Non-
pareillezeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der
Betrag ist stets vorher einzufenden).
Verbandsanfragen kosten 25 Pfg. die Zeile.

32. Jahrg.

Wie kann eine Wohnungskatastrophe verhindert werden?

Wie auf vielen Gebieten des öffentlichen Lebens, so hat auch die revolutionäre Umwälzung des Krieges mit starkem Druck die Lösung der Wohnungsfrage in den Vordergrund gedrängt. Die ganze Wucht der gesellschaftlichen Unterlassungen auf diesem Gebiet in den letzten 25 Jahren vor dem Krieg steht deshalb heute zur öffentlichen Diskussion. Und dabei wird die Wohnungsfürsorge für die zurückkehrenden Kriegsteilnehmer nicht allein in Betracht kommen können, sondern hier sind Maßnahmen sicherzustellen zu der bedeutungsvollen Frage: wie wohnt die große Masse des arbeitenden Volkes überhaupt? Das bekannte Wohnungselend besteht nicht allein in dem Mangel an Wohngelegenheiten, sondern in der sittlich-widrigen und unhygienischen Beschaffenheit der übergroßen Zahl der Kleinwohnungen, wo die Mieter in die Zwangslage kommen, jeden Winkel auszunutzen und dafür 15 bis 25 pSt. des Jahresarbeitsverdienstes als Mietbetrag zahlen zu müssen. Die Ursachen in diesen öffentlichen Missständen: wie Schlafgängerwesen, Unreinlichkeit der Wohnräume, Seuchengefahr usw. werden in der privatkapitalistischen Ausbeutung und Ueberswertung des Baugrundes und der Wohngebäude sowie auch andererseits in der spekulativen Zurückhaltung des Geldmarktes zum Wohnbauwesen zu suchen sein. Eine bevölkerungspolitische Wohnungsfürsorge kann deshalb nicht allein darin bestehen: daß der Staat oder die Gemeinde für eine den Bauinteressenten oder sonst genügende Bauordnung sorgt oder durch Wohngesetze allgemeine Richtlinien aufstellt, sondern daß die gesellschaftlichen Faktoren, wie das Reich, die Bundesstaaten und Gemeinden, hier tatsächlich durch Schaffung von guten Kleinwohnungen vorbildlich und preisbestimmend einwirken. Im Zusammenhang mit dem gehört auch die Einschränkung der Terrain- und Häuser speculation durch Freigabe oder Expropriation (Enteignung) von Bauland, Erleichterung von Baustrafen und Darlehen von billigen Baugeländern, wobei die Baugenossenschaften zu bevorzugen wären. Wie aus Einzelbeispielen ersichtlich, liegt es sehr nahe, daß auch die Bundesstaaten und Gemeinden unmittelbar durch Eigenbetrieb derartiger Wohnungen selbst bauen können und dadurch auf die spekulative Privatbautätigkeit preisregulierend einwirken.

Bei dem voraussichtlich in nächster Zeit im größeren Umfange vor sich gehenden Bau von Kleinwohnungen wird es darauf ankommen, nicht nur notdürftige Wohnungselend herzustellen, sondern Wohnräume zu schaffen, wo Luft, Licht und Sonne leichten Zutritt haben und auch in der Art der Ausgestaltung der Räume die Bewohner mehr mit Lebensfreudigkeit erfüllen. Zu diesem Zweck ist bei der Beschaffung solcher Wohnungen nicht allein Wert auf Kleinstedlungen und Kleinhäuser zu legen, sondern, wie auch von anderer Seite sehr richtig betont wurde, auch begrenzt das Stagengebäude zuzulassen. Nicht das Stagengebäude an sich mit seinem Treppensteigen, mit der größeren Zahl von Wohnungen und Bewohnern, hat die Missstände und Abneigung dagegen erzeugt, sondern die beschränkten Wohnungsverhältnisse zum Mietpreis und dabei die Art der Verteilung des zu bewohnenden Flächenraums und wie diese Wohnräume zu den Kulturforderungen bis zur heutigen Zeit ausgestattet wurden. Für die Mittel- und Großstädte sowie auch für eine beträchtliche Zahl von Industrieorten wird das Dreietagen- oder Dreitreppenhaus seinen Wert behalten. Bei einer örtlichen Dichtigkeit der Bevölkerung durch Mangel an Bauland und im Interesse einer Verringerung der Wohnentfernungen von den Arbeitsstätten, wird das Stagenhaus sich sogar zu einer zwingenden Notwendigkeit machen. Bei der Anordnung dieser Wohngebäude wären Hinterhäuser möglichst zu vermeiden, wenn nicht gar auszuschließen. Das Zulassen von Dach- und Kellerwohnungen ist als gesundheitsgefähr-

lich auf alle Fälle, auch als Nothbehelf, zu verhindern; denn wir glauben annehmen zu können, daß die „moderne Periode der Höhlenbewohner“ endlich vorüber ist. Zu den bekannten sittlichen Schäden des Schlafgängerwesens darf auch die Forderung nach Ledigenheimen für Männer und Frauen nicht unbeachtet bleiben. Vor allem sind auch Mietsteigerungen, die sich in den seltensten Fällen und nur begrenzt rechtfertigen lassen, gesetzlich zurückzuweisen, da ja bekanntlich die große Masse der Wohngebäude schon vor dem Kriege gebaut wurde.

Um zu verhindern, daß die kommende Wohnungsfrage sich nicht zu einer akuten Wohnungsnot entwickelt, werden alle illusorischen Wünsche und Forderungen zurückgestellt werden müssen; denn nach Lage der Verhältnisse sind die hier in Betracht kommenden Fragen und in Aussicht zu nehmenden Maßnahmen auch sehr ernst zu prüfen. Es wird auch keinem Zweifel begegnen, daß, wie schon vorausgesehen, in den ersten Jahren nach Friedensschluß sich die ganze Situation äußerst schwierig und bedenklich gestalten wird.

Bei der Besprechung der Wohnungsfrage in der bayerischen Kammer im März dieses Jahres machte der Minister Dr. v. Brettreich einige recht bemerkenswerte Ausführungen; er sagte: „Die schon in Friedenszeiten große Bedeutung der Wohnungsfrage ist im Laufe des Krieges außerordentlich gewachsen. In Friedenszeiten wurden in Deutschland alljährlich ungefähr 350 000 bis 400 000 Wohnungen neu hergestellt, davon in Bayern 25 000 bis 30 000. Die Neubautätigkeit in den Städten mit mehr als 15 000 Einwohnern, die 1914 noch 5872 Neubauten aufwies, war schon 1916 auf 2026 gesunken. Seit 1916 ist aber ein starker Rückgang an Wohnungen eingetreten, besonders fehlt es an kleinen und mittleren Wohnungen. Die Entwicklung der Verhältnisse nach dem Kriege kann mit Sicherheit noch nicht vorausgesagt werden, da der Bedarf in den einzelnen Städten noch nicht feststeht. Vor allem sind die zahlreichen kriegsgetrauten Paare unterzubringen. Dazu kommen die zahlreichen Auslandsdeutschen und die Abwanderung aus großen in kleine Wohnungen infolge zahlreicher Todesfälle und der stärkeren Belastung durch die Steuern und die Kriegsteuerung. Der Bedarf an neuen Wohnungen bis Ende des ersten Friedensjahres wird in Deutschland in den ersten Monaten auf 800 000 berechnet, wovon der weitaus größte Teil auf mittlere und Kleinwohnungen entfällt. Eine halbwegs annehmbare Lösung der Wohnungsfrage bietet einen solchen Berg von Schwierigkeiten, daß man fast verzagen könnte. Deshalb müssen alle berufenen Faktoren, Staat und Gemeinde, alle Versicherungsträger, die gemeinnützigen Bauvereine und Private, zusammenarbeiten, damit wir zu einigermaßen erträglichen Verhältnissen gelangen. — Die Erhöhung des Kostenaufwandes bei der Wohnungsherstellung beträgt 80 bis 100 pSt. Infolgedessen muß möglichst billig und einfach gebaut werden. In dieser Richtung kann noch viel erreicht werden, wenn die Bauten auch künftig gesundheitlichen und wirtschaftlichen Anforderungen entsprechen müssen.“ — Im weiteren wies der Minister auf die Schwierigkeiten der Beschaffung von Baustoffen und des Geldbedarfs hin. Hierzu ist auch von Interesse, wie sich der Kriegsminister v. Selingrath zu dieser Frage äußerte. Er sagte: „Der Antrag der Kammer fordert die Ueberlassung von Leichtbauten und Rohstoffen, die aus den Heeresbeständen frei werden. Ich glaube, daß diese Leichtbauten, Baracken usw. sich weniger als Ersatz für Wohnungsbauten als für Massenquartiere eignen. Auch ist zu bedenken, daß eine große Zahl von ihnen nur auf ihrem jetzigen Aufstellungsort verwendbar ist, weil ein Abbau und Wiederaufbau an anderer Stelle unwirtschaftlich wäre; dies gilt besonders für die Baracken des Feldheeres. Zudem hat die Heeresverwaltung selbst großen Bedarf an Unterkunftsmitteln nach dem Kriege zur Unterbringung der zurückkehrenden Truppen und zur Lagerung der hochwertigen Materialien. Was an Baumaterialien entdeck-

ist, soll ohne Schwierigkeiten zur Verfügung gestellt werden.“ Die beiden bayerischen Minister waren offen und ziemlich deutlich!

Wenn dennoch von Seiten der Unternehmer immer wieder auf das Holz- und sonstige Material an den Fronten, in den Unterküften usw. hingewiesen wird, so muß zum Beispiel das Holz erst herausgerissen und dann gereinigt, lufttrocken, vermindert- und transportfähig hergestellt werden. Wie von den militärischen Fachleuten allgemein konstatiert wird, ist davon zu zweifeln wenig zu gebrauchen. Im übrigen muß das von den Militärbehörden zur Verfügung gestellte Material, wie Holz, Baracken usw., frei von Ungeleser und auch sonst hygienisch einwandfrei sein. Dazu kommen die Schwierigkeiten des Abtransportes. Von der Seite ist also nur wenig Material zu erwarten; denn mit Steinbroden, altem Lattenholz und Stacheldraht kann man keine Häuser bauen. Deshalb müssen sich die Baufachleute jetzt eingehender mit der Materialfrage beschäftigen.

Sehr wertvolle Darlegungen sind hierüber in einem Vortrage: „Die Wohnungsfrage und die Aufgaben der Uebergangswirtschaft“ von dem königlichen Bauat Hofpinner in Cassel im November 1917 gemacht worden. Danach würden nach dem bekannten Bevölkerungszuwachs vor dem Kriege mindestens für jedes Kriegsjahr 200 000 neue Wohnungen gebraucht sein; also insgesamt 800 000 Wohnungen, die in den acht Jahren der Uebergangswirtschaft nachzubauen wären. Ferner für die Jahre der Uebergangswirtschaft, wo voraussichtlich nur eine geringere Volksvermehrung in Frage kommt, können auf jedes Jahr 150 000 angenommen werden. Demnach wären in diesem Zeitraum $800 000 + 8 \times 150 000 = 2$ Millionen Wohnungen zu beschaffen. — Den Geldbedarf für acht Jahre berechnet Hofpinner nach den Durchschnittskosten aller zu schaffenden Wohnungen, die auf $M 8000$ anzusehen sind, mit 16 Milliarden Mark oder jährlich 2 Milliarden Mark, eine Summe, die auch nach andern Fachleuten vor dem Kriege für Wohnungsbauten ausgegeben wurde. Den achtjährigen Bedarf an Bauland mit Gartenflächen schätzt er für jede Wohnung auf 300 Quadratmeter, also auf 600 Millionen Quadratmeter oder 60 000 Hektar im ganzen, mit Einschluß der Straßen und sonstigen Freiflächen auf 80 000 Hektar. Ferner den Jahresbedarf an Mauersteinen mindestens auf $5\frac{1}{2}$ Milliarden und 62 Millionen, an Dachsteinen auf eine Milliarde, an Zement auf 287 000 Tonnen, an Kalk auf $2\frac{1}{2}$ Millionen Kubikmeter, an geschrittenem Bauholz auf $1\frac{1}{2}$ Millionen Kubikmeter usw. — Ausgeschlossen bei diesen Zahlen ist der Geld- und Baustoffbedarf der Industriebauten und der sonstigen dringenden erforderlichen Gebäude, wie Schulen, Krankenhäuser, Verwaltungsgebäude usw. Als selbstverständlich wird hier gelten müssen, daß Luxusbauten in diesem Zeitraum nicht aufgeführt werden.

Um so nach Lage der Dinge den Bauanforderungen und der Nachfrage nach Wohnungen gerecht werden zu können, wird es die erste Aufgabe der Regierung sein müssen, ohne Zögern der gesamten Baustoffindustrie wieder die Möglichkeit zu einer regelrechten Tätigkeit zu geben; denn nur dadurch kann der Weg als geebnet angesehen werden, eine Wohnungskatastrophe zu verhindern!

G. Seinf.

Die Rechtsverhältnisse der Vermißten.

ck. Die Zahl der Vermißten ist in diesem Kriege ziemlich erheblich. Im Stellungskrieg bleiben stets zwischen den feindlichen Gräben Tote liegen, die nicht beerdigt werden können und deren Identität schließlich gar nicht mehr festgestellt werden kann. In den Verlustlisten werden zunächst die Leute, über deren Verbleib nichts festgestellt werden kann, als vermißt bezeichnet. Stellt sich dann heraus, daß der einzelne Mann verumdet im Lazarett liegt, oder gefallen, oder in Gefangenschaft geraten ist, dann wird er entsprechend rubriziert, so daß als Vermißte schließlich nur die Leute übrig bleiben, über deren Verbleib absolut nichts

festgestellt werden konnte. Dabei ist es natürlich nicht aus-

Die Gehaltszahlung für vermählte Offiziere endet mit dem Ende des Monats, in dem sie vermählt worden sind.

Wenn das Ableben des Vermählten mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, dann kann die Militärbehörde den Hinterbliebenen die Kriegsverforgung auch schon vor der Todeserklärung gewähren, womit dann alle anderen Anwendungen in Wegfall kommen.

Der Arbeitsmarkt im März 1918.

Die hohen Anforderungen des Kriegswirtschaftslebens haben im März nach dem Reichs-Arbeitsblatt in keiner Weise nachgelassen.

Die Nachweisungen der Krankenkassen lassen für die am 1. April in Beschäftigung stehenden Mitglieder im Vergleich zu Anfang März eine ganz geringfügige Abnahme erkennen.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt im Berichtsmonat für beide Geschlechter einen weiteren geringfügigen Rückgang des Andranges der Arbeit-suchenden erkennen.

Die bis Mitte März reichende Statistik auf Grund des Arbeitsmarkt-Anzeigers verzeichnet gegenüber dem Vormonat keine wesentliche Veränderung der Verhältnisse.

Der Geschäftsgang im Baugewerbe hat im März keine wesentliche Steigerung erfahren. Nur vereinzelt wird von starker Beschäftigung gesprochen.

Bei 86 Jnnungs-Krankenkassen der Bauberufe mit 2136 männlichen und 1638 weiblichen versicherungspflichtigen Mitgliedern, abzüglich der arbeitsunfähig Kranken, am 1. dieses Monats war dem Anfang des Vormonats gegenüber die männliche Beschäftigung um 43 vom Hundert und die weibliche um 10,4 vom Hundert höher.

Nach den Mitteilungen der Zeitschrift „Baumaterialien-Markt“, Leipzig, machen sich auf dem Baustoffmarkt die Auswirkungen des Liefriedens bemerkbar, so vor allem im Zementbedarf.

Diese Feststellungen decken sich mit den oben schon wiedergegebenen Beobachtungen bei der Arbeitsvermittlung.

räte verfügbar werden. Die Zementpreise bleiben vorläufig bis zum 31. Mai unverändert. Die vorhandenen Zementbestände reichen im allgemeinen bisher für den vorhandenen Bedarf noch aus.

Im März weist die Vermittlungsstatistik aller Arbeitsnachweise im Baugewerbe folgende Zahlen auf:

Table with 3 columns: Beruf, Arbeits-gesuche, Offene Stellen, Besetzte Stellen. Rows include Maurer, Zimmerer, Maler, Anstreicher, Lackierer, Glaser.

Für das Malergewerbe ist gegenüber dem Februar eine bedeutende Verbesserung eingetreten, indem sich bei fast dem gleichen Angebot der Arbeitskräfte die offenen Stellen um 970 erhöht haben.

Table with 4 columns: Beruf, Februar 1918, März 1918, März 1917. Rows include Maurern, Zimmerern, Gläsern, Malern.

Seit Beginn des Jahres gestaltete sich die Lage des Arbeitsmarktes im Maler-, Lackierer- und Anstreichergewerbe wie folgt:

Table with 5 columns: Monat, Arbeits-gesuche, Offene Stellen, Besetzte Stellen, Auf je 100 offene Stellen kamen Arbeit-suchende. Rows include Januar 1918, Februar 1918, März 1918.

In den einzelnen Landesstellen stellte sich für das Malergewerbe das Angebot und die Nachfrage im ersten Vierteljahre 1918 folgendermaßen:

Table with 5 columns: Provinz, Januar, Februar, März. Rows include Ostpreußen, Westpreußen, Berlin u. Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesten, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Sassen-Masau, Rheinland, Bayern, Königreich Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg-Schw., Thüring. Staaten, Oldenburg, Braunschweig, Lübeck, Bremen, Hamburg, Elb-Lothringen.

Im Anschluß an diese Uebersicht der Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise nach den Berichten des Reichsarbeitsblattes für das gesamte Bau- und für das Malergewerbe im besondern, bruden wir nachfolgend die Zusammenstellung der hauptsächlichsten Ziffern aus unserer monatlichen Umfrage über die Arbeitslosigkeit unserer Verbandsmitglieder ab:

Table with 7 columns: Monat, Es berichtigten Filialen, Mitglieder in d. berichtenden Fil. a. Monats-schlusse, Arbeitslose Mitglieder am Schlusse der letzten Woche des Monats, Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose am Schlusse der letzten Monats-woche. Rows include Januar, Februar, März, April, Mai, Juni, Juli, August, Septbr., Oktober, November, Dezember.

Diese Feststellungen decken sich mit den oben schon wiedergegebenen Beobachtungen bei der Arbeitsvermittlung.

auch, nur daß damals die Zahl der Arbeitslosen, absolut genommen, noch höher war. Diesmal stellten wir unter 6936 erfassten Mitgliedern 16 oder 0,23 vom Hundert Arbeitslose fest, gegen 1,17 pSt. im Februar und 1,47 pSt. im Januar.

Wie am Schlusse jedes Vierteljahres, versuchten wir auch diesmal wieder, die Zahl der noch im Verufe verbliebenen Gehilfen insgesamt festzustellen. Diese betrug hiernach 12 659, davon sollen dem Bauberufe 7884, dem Lackierberufe 5295 angehören.

Wir geben hier eine Zusammenstellung der Ergebnisse dieser unserer besonderen Erhebung seit dem zweiten Vierteljahr 1918:

Table with 8 columns: Am Schlusse des, Es berichtigten Filialen, Beruf, Besetzte Stellen, Offene Stellen, Auf je 100 offene Stellen kamen Arbeit-suchende. Rows include Quart. 1915, 1916, 1917, 1918.

Folgende Filialen sandten die statistische Karte nicht, beziehungsweise nicht rechtzeitig ein: Crimmitschau, Hens-burg, Graubenz, Karlsruhe, Kiel, Legnitz, Nordhausen, Osabrück, Passau, Stettin, Ulm und Weimar.

Von unsern Kollegen im Felde.

Das Eisene Kreuz 1. Klasse erhielt der Kollege Joh. Hiller, Mitglied der Filiale Stettin. Das Eisene Kreuz 2. Klasse erhielten die Kollegen Josef Simon, aus Zellhausen, Mitglied der Filiale Frankfurt a. M., Nikolaus Kretz, Mitglied der Filiale Trier, Jos. Schäfer, Mitglied der Filiale Warel. Das Bayerische Militärverdienstkreuz 3. Klasse mit Schwertern und das Abzeichen für Verwundete erhielt der Kollege Chr. Klingler. Zum Vizefeldwebel befördert wurde der Kollege W. Greulich, Mitglied der Filiale Kiel.

Jahresbericht des 4. Bezirks.

Die wirtschaftliche Lage unseres Berufes ist 1917 auch im 4. Bezirk unverändert geblieben. Die Arbeitsgelegenheit war infolge der noch stark vorgenommenen Einberufungen günstig. In einzelnen Orten konnten die Arbeitskräfte nicht beschafft werden, die Industrie und Malermeister, die für den Heeresbedarf Arbeiten ausführten, gebrachten. Es mußten deshalb zahlreiche Arbeitskräfte durch die Heeresverwaltungen gestellt und den Gefangenenlagern entnommen werden; die Beschäftigungszahl in den Orten mit ausgeprägter Heeresindustrie ist vielfach sogar gestiegen. In den übrigen Orten allerdings war wieder so gut wie nichts zu tun. Privatarbeiten wurden infolge des schlechten und teuren Materials fast gar nicht ausgeführt, andernfalls handelte es sich um Arbeiten in den Häusern der Kriegsgewinnler. Im Durchschnitt war die Geschäftstätigkeit nicht schlecht, in der Industrie aller Zweige sogar gut. Die monatliche Uebersicht über den Stand der Arbeitslosigkeit ergab, daß wir fast gar keine arbeitslosen Kollegen hatten.

Schon gleich im Januar setzte die Agitation ein, die der Aufklärung und Bildung der durch das Hilfsdienstgesetz eingesetzten Arbeiterausschüsse gedient war. Diese Tätigkeit, die gemeinsam mit den übrigen Organisationen vorgenommen wurde, war insofern erfolgreich, als es uns gelungen ist, überall unsere Vertreter in die Ausschüsse zu bringen und dadurch die Organisationen zu stärken. Ja, es gelang sogar in Betrieben wie bei Krupp, Essen, und den Farbenfabriken Friedrich Bayer & Co., Leverkusen, wo bisher die „Gelben“ dominierten, die gemeinsame Liste aller Gewerkschaftsrichtungen glatt durchzubringen. Damit haben die Gewerkschaften ihren Einzug in diese Betriebe gehalten, die ihnen bisher verschlossen waren. Ferner gab uns die neue Leuerungs-zu-lagen-bewegung im Berufe und in den Industriebetrieben die Möglichkeit, agitatorisch wirken zu können. Selbstverständlich kann nicht gesagt werden, daß überall Massenversammlungen stattfanden, wie wir sie vor dem Kriege gewöhnt waren; aber immerhin hatten wir im Berichtsjahre während des Krieges die besten Versammlungen.

Neben dieser agitatorischen Tätigkeit mußte der Bezirksleiter die direkten Filialarbeiten in Köln, Düsseldorf, Elberfeld-Barmen, Bochum und Sagen besorgen, was naturgemäß die eigentliche Agitationstätigkeit beeinflusste. Es ist deshalb auch selbstverständlich, daß in den Orten, wo die Arbeitsgelegenheit keine günstigere geworden war und noch ein arbeitssamer Vorstand vorhanden ist, nur anregend gewirkt werden konnte. Zum ersten Male konnten im Bezirk der Organisation auch weibliche Mitglieder zugeführt werden, die als Lackierinnen in Waggonfabriken, Militärbetrieben und Möbelfabriken beschäftigt sind.

Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

Chemnitz. (Jahresbericht.) Das Jahr 1917 hat uns den so ersehnten Fortschritt nicht gebracht. Unsere Mitgliederzahl, die am Schlusse des Jahres 1916 noch 233 betrug, ist bis auf 107 zurückgegangen. Zum Militär eingezogen wurden 12, gestorben sind 6, ausgestreut 10, vertrieben wegen Bettelagendenständen wurden 22 Kollegen werden. Neuaufgenommen wurden 26, vom Militär zurückmeldeben sich 17 Kollegen, zugereist ist 1 Kollege. Der Rückgang ist entstanden, weil ein Teil der Kollegen, die in anderen Betrieben arbeiten, es nicht mehr für nötig halten, dem Verbands noch anzugehören. Daß nicht mehr Neuaufnahmen gemacht wurden, liegt zum großen Teil an der Laubbild und Säumnisseit der noch arbeitenden Kollegen, die nicht so viel Mut besitzen, ihre Mitkollegen dazu anzuhalten. Wäre nicht ein alter Stamm Kollegen am Orte, die unausgeseht und mit Aufopferung aller Kräfte für den Verband kämpfen, dann sähe es wohl noch trüber aus. Auch wird von den vom Militär beurlaubten oder entlassenen Kollegen ziemlich viel geübelnd; denn nicht alle kehren in unsere Reihen zurück; viele benutzen den Urlaub bloß noch dazu, daß sie ihre Unterstüßungsrechte (welche während ihrer Militärzeit höhere geworden sind, ohne daß sie Beiträge zu leisten hatten) geltend machen. Wenn selbige dann ihre Unterstüßungsgelder, die bei manchen in die Hunderte von Mark betragen, bezogen haben, kehren sie aus den Mäulen, fragen nicht danach, ob wir noch weiter bestehen können. Wenn natürlich alle so gewissenlos sein wollten, dann wäre es schlimm bestellt. Es gibt aber zum Glück immer noch Kollegen, die trotzdem den Mut nicht sinken lassen, im Bewußtsein dessen, daß die Zeit nicht mehr fern sein kann, wo wir unsern Verband wieder auf, notwendig brauchen. Sind wir dann nicht genügend gestärkt und können wir unsern Forderungen nicht den genügenden Nachdruck verleihen wie wir müßten, so haben wir doch nur den Kollegen zu danken, die, denken, sie brauchen keine Organisation. Von Arbeitslosigkeit war fast nichts zu merken: nur Anfang Januar und Dezember waren etliche Kollegen arbeitslos, die aber bald wieder untergebracht wurden. Im Gegenteil, das ganze Jahr war Nachfrage nach Weislingen. Wir waren nicht imstande, durch unsern Arbeitsnachweis alle offenen Stellen zu besetzen. Trotz der Materialknappheit war noch ein ganzer Teil Kollegen im Vertriebe beschäftigt, die natürlich unter den kolossalen Teuerungszulagen und schwierigen Ernährungsverhältnissen fürchtbar zu leiden hatten. Die Teuerungszulagen von 12 1/2 pro Stunde waren nicht ausreichend, die Teuerung auszugleichen. Ein Besuch an den Stadtrat zu Chemnitz um Gewährung von Sapperarbeiterzulagen an Nahrungsmitteln wurde abschlägig beschieden, so daß unsern Kollegen nur die Vergütung von einem Pfund Brot die Woche, also zusammen fünf Pfund, zusteht. Ebenfalls wurde unserseits eine Eingabe an den Arbeitgeberverband und die Jünung gerichtet mit der Bitte, Versuche anzustellen, ob nicht vom Kriegsernährungsamt an unsere Kollegen eine Extrazulage von Nahrungsmitteln erfolgen könnte, wie es doch bei verschiedenen Jünungen geschieht; doch wurde dies verweigert mit der Begründung, daß es zuviel Arbeit und Geldausgaben erfordere, um dieses durchzuführen. Da mußten nun wohl oder übel, weil von allen Seiten abgeblitzt, unsere Kollegen, die bei den Meistern arbeiten, den Leibräumen noch länger schnallen und sich damit abfinden. Deshalb ist es kein Wunder, wenn immer mehr Kollegen versuchen, in andere Betriebe hineinzukommen, damit sie etwas mehr Lebensmittel erhalten. Der Gesundheitszustand unserer Kollegen ist aus all diesen Gründen kein besserer geworden; war doch ein Drittel unserer Mitglieder genötigt die Krankenunterstützung in Anspruch zu nehmen, wofür die Summe von M. 2225 verausgabt wurde; an Sterbeunterstützung wurden M. 380 gezahlt, an Arbeitslosenunterstützung M. 10, sowie an Familienunterstützung M. 1062; außerdem wurden aus der Lokalkasse zur Arbeitslosenunterstützung M. 77 und für Familienunterstützung M. 135 beigetragen. Die Gesamtsumme inklusive eines Kassenvermögens von 1916 belief sich auf M. 9084,23; die Gesamtausgaben betragen M. 8253,66, so daß am Schlusse des Jahres noch ein Kassenbestand von M. 778,58 verblieb, von dem wir noch der Hauptkasse M. 127,40 schuldeten, so daß ein Lokalkassenvermögen von M. 651,00 vorhanden ist. Hoffen wir, daß das Jahr 1918 einen besseren Abschluß bringt. Der schriftliche Verkehr mit unsern Kollegen im Felde hat sich lebhaft erhalten; senden wir doch allen, bei denen es uns möglich ist, die Adresse ausfindig zu machen, alle drei Wochen regelmäßig den „Vereins-Anzeiger“ zu. Am Jahreschlusse waren 674 Kollegen beim Militär eingezogen. Gefallen waren bis dahin, soweit wie uns gemeldet, 60 Kollegen. Die laufenden organisatorischen Fragen wurden in acht Vorstandssitzungen und sechs Vereinsversammlungen erledigt. Wenn auch der Besuch nicht immer ein guter war, so war doch die Stimmung der Kollegen eine gute. Darum glauben wir auch, die Hoffnung aussprechen zu können, daß unsere Filiale den Krieg übersteht. Ein jeder Kollege muß aber seine ganze Kraft dafür einsetzen, damit nach Friedensschluß unsere Organisation wieder auf feste Grundlage gestellt wird. J. E.

Die Warenhausrichtungsfirma Gebr. Schöndorf, Düsseldorf, bewilligte eine Teuerungszulage von 10 1/2 pro Stunde.

In den Mäbellfabriken in Herford und Melle wurde unsern Kollegen dieselbe Teuerungszulage, 17 1/2 die Stunde, bewilligt, die die Holzarbeiter vereinbart hatten. Die Teuerungszulage respektive Lohnregulierung in der Waggonfabrik in Düsseldorf betrug im Durchschnitt 20 1/2; die Teuerungszulage in der Waggonfabrik Van der Bygen & Charlier in Köln-Deutz 22 1/2, und in der Waggonfabrik Herbrand & Co. in Köln-Ehrenfeld wurde eine Lohn-erhöhung von 10 1/2 pro Stunde gezahlt.

In der Carbonitfabrik, Schlebusch, wurden die Teuerungszulagen in den Lohn ausgerechnet; dadurch stieg dieser nebst Teuerungszulage von 62 auf 125 1/2 für die Stunde.

Die Maschinenfabrik „Carlswerk“, Köln-Mülheim, zahlte im Durchschnitt unsern Kollegen 25 1/2 pro Stunde an Teuerungszulagen.

In der Maschinenfabrik Simboldt, Köln-Kalk, wurde die Teuerungszulage um weitere 10 1/2 pro Stunde erhöht. Durch das Vorgehen der gesamten Bauarbeiter wurde auch den Anstreichern in den Rheinischen Metallwerken in Düsseldorf eine weitere Zulage von 10 1/2 gewährt.

Zum ersten Male unterbreiteten die Gewerkschaften der Bauarbeiter in den Fabrikfabriken Friedrich Bayer & Co. in Leverkusen ihre Lohnforderungen für die gesamten Bauarbeiter. Wenn auch die Gewerkschaften als solche nicht zur Verhandlung kamen, so mußte sich doch der Arbeiterauschuss mit der Eingabe beschäftigen. Nach der Aussprache mit dem Arbeitgeber wurde eine Lohnregulierung vorgenommen, die die Löhne der Anstreicher bis 26 1/2 pro Stunde erhöhte. Im Durchschnitt betragen nunmehr die Stundenlöhne 115 bis 120 1/2.

Die Schlichtungsausschüsse des Hilfsdienstgesetzes wurden von unsern Kollegen fünfmal in Anspruch genommen. In zwei Fällen handelte es sich um die Durchführung der tariflichen Bestimmungen bei ausländischen Arbeiten. Der eine Arbeitgeber wurde verpflichtet, nebst Fahrgehalt, Fahrzeit auch pro Tag die festgesetzte Mittagszulage von 80 1/2 zu zahlen. Der andere Arbeitgeber machte geltend, daß er eine Zweigunterlage seines Geschäftes dort am Orte habe. Da dieser Ort nicht zum Bereich des Schlichtungsausschusses gehörte, mußte die Abweisung der Klage erfolgen. Der Arbeitgeber zog es aber vor, das gewünschte Fahrgehalt, die Fahrzeit und die Zulage des Mittagessens mit 80 1/2 zu zahlen, die unsern Kollegen eine ansehnliche Mehrerinnahme brachte. Im dritten Fall handelte es sich um eine Klage gegen die Dynamitfabrik Wahn, wo bei dreizehnstündiger Arbeitszeit 68 1/2 Stundenlohn gewährt wurde. Nach Durchberatung vor dem Schlichtungsausschuss wurde die Sache an den Arbeiterauschuss zurückverwiesen, der festlegte, daß nunmehr die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen und ein Stundenlohn von M. 1 zu zahlen sei. Im vierten Falle handelte es sich um zwei Materialgeschäfte, die auf einer Sprengstoffabrik arbeiten ausführen, in denen eine Lohnforderung von 20 1/2 gestellt wurde. Der Schlichtungsausschuss bewilligte den dort arbeitenden Kollegen eine „Gefahrenzulage“ von M. 1 pro Tag. Beide Arbeitgeber lehnten den gefällten Schiedsspruch ab, bewilligten aber nach fünfständiger Arbeitseinstellung die M. 1, aber nicht als „Gefahren-“, sondern als Teuerungszulage. Im fünften Falle richtete sich die Klage ebenfalls gegen eine Maler- und Anstreicherfirma um Lohnenerhöhung. Hier verpflichtete der Schlichtungsausschuss die Firma zur Zahlung der Fahrzeit von anderthalb Stunden pro Tag.

Auch in diesem Jahre fiel die Haupttätigkeit des Bezirksleiters auf die Führung der Filialgeschäfte in Köln, Düsseldorf, Elberfeld-Barmen, Bochum und Hagen. Außer der Wahrnehmung der gesamten Kassen- und Verwaltungsgeschäfte mußte noch die Einklassierung der Beiträge in Köln mitbesorgt werden. Seit Oktober fand ein Entlastung dadurch statt, daß die Einklassierung der Beiträge einer Frau übertragen wurde, und diese ihre Aufgabe in zufriedenstellender Weise löste. Es ist durch diese Entlastung möglich, daß sich der Unterzeichnete auch den übrigen Filialen mehr als bisher widmen kann.

Die Wahrnehmung der Filialgeschäfte in Düsseldorf, Elberfeld, Bochum und Hagen erfolgte an 75 Tagen. Versammlungen fanden 68, Sitzungen und Besprechungen 70 statt. Mit den Arbeitgebern wurde neunmal verhandelt, und neun Tage wurden zur Hausorganisation verhandelt. Außerdem fanden eine Radiererkonferenz, zwei Filialkonferenzen und drei Gauleiterkonferenzen statt. Die Hauskassierung in Köln wurde an 104 Tagen vorgenommen. Wieder ist ein Kriegsjahr zu Ende und noch immer sind keine sicheren Zeichen für einen allgemeinen Frieden vorhanden. Wenn es trotz des Krieges gelang, einen erheblichen Teil älterer Kollegen der Organisation zuzuführen, so nur deshalb, weil auch diese in der ersten und schweren Zeit der Nacht und Stärke der Organisation erkannten. Möge der Augenblick nicht mehr fern liegen, wo es uns vergönnt sein wird, die noch lebenden Kollegen in großer Zahl wieder in der Heimat begrüßen zu dürfen.

E. L. n. Otto Buchelt.

Wie bisher haben wir auch in diesem Jahre in allen Orten die Verbindung mit unsern im Felde stehenden Mitgliedern durch die regelmäßige Zusendung des Verbandsorganes aufrechterhalten. Auch den Mitgliedern aus verwaisten Filialen wurde der „Vereins-Anzeiger“ durch die Bezirksleitung zugestellt.

Im Berichtsjahre hat zum ersten Male seit Kriegsausbruch eine Mitgliederversammlung stattgefunden. Es gelang sogar, einen Teil früherer Meister, die durch die Verhältnisse gezwungen waren, als Gehilfen zu arbeiten, unserer Organisation zuzuführen. Der Zugang neuer Mitglieder betrug 664, darunter 28 weibliche, gegen 182 im Vorjahre. In diesem Zugang sind fast alle Filialen, am stärksten Köln und Düsseldorf, beteiligt. Die Neuaufnahmen verteilen sich zur Hälfte auf die in der direkten Kriegsindustrie und bei Privatmeistern Beschäftigten. Die Zahl der aus andern Orten Zugereisten ist auch in diesem Jahre sehr gering und beträgt 20. Als vom Militär Entlassene, Rekrutierten und Beurlaubte meldeten sich 70 Mitglieder. Die Zahl der Abgereisten betrug 47, wegen restierender Beiträge mußten 104 Mitglieder gestrichen werden, und 28 erklärten ihren Austritt. Zum Militärdienst mußten in Berichtsjahre wieder 181 Mitglieder abgegeben werden. Die Mitgliederzahl betrug am Jahreschlusse 878, darunter 12 weibliche. Die Mitgliederzunahme beträgt demnach 824. Die Gesamtzahl der zum Militär eingezogenen Mitglieder betrug am Jahreschlusse 2446, das sind 60 pSt. der am 1. Juli 1914 vorhandenen gewesen.

Die Zahl der Beitragsfreien Marken, die in der Hauptsache bei Krankheit geklebt wurden, ist auch in diesem Jahre gering; es entfällt auf jedes Mitglied nicht ganz eine freie Marke. — Die Beitragsleistung befriedigt ebenfalls, indem im Durchschnitt jedes zahlende Mitglied nahezu 47 Beiträge entrichtete.

Der neue Zugang verteilt sich auf alle drei Beitragsklassen. Der Zugang der Mitgliederzahl in der zweiten und dritten Klasse beträgt nur 4 pSt.

Leider muß auch in diesem Jahre von zahlreichen Opfern des Weltkrieges berichtet werden, die mit uns in Feld und Glied standen und nun leider nicht wieder zurückkehren. Die gemeldete Zahl der Gefallenen betrug bis Jahreschlusse 150.

Die Auszahlung der Weihnachtsunterstützung an die Frauen unserer zum Heresdienst einberufenen Mitglieder hat natürlich guten Anklang gefunden; das ging aus zahlreichen und zugegangenen Mitteilungen hervor. Hoffen wir, daß dies die letzte beratige Unterstützung zu sein braucht, und daß wir recht bald die Kollegen selbst wieder als Mitglieder in unsern Reihen begrüßen können. — An 485 Frauen wurden zu Weihnachten, im Bezirk M. 2010 gezahlt.

Am 5. Februar 1917 wandte sich unsere Filialverwaltung in Essen an die Zwangsinnung um Gewährung einer weiteren Teuerungszulage von 15 1/2 pro Stunde. Begründet wurde dies mit den zurzeit in Essen bestehenden besonderen Verhältnissen, die allen übrigen Arbeitern eine bedeutend bessere Verdienstmöglichkeit böten. — Die Zwangsinnung lehnte die Gewährung einer neuen Teuerungszulage ab, da dies ein Verstoß gegen die Vereinbarungen des Westdeutschen Malermeisterverbandes mit den Gehilfenverbänden sei, und verwies die Antragsteller an die vertraglichstehenden Parteien.

Der Essener Filialvorstand wandte sich nunmehr mit seinem Gesuch an die Ortsgruppe des Westdeutschen Malermeisterverbandes und teilte ergänzend mit, daß bei der Firma Krupp nunmehr die Anstreicher 90 1/2 pro Stunde verdienen. Nach weiteren schriftlichen Auseinandersetzungen fand hierauf eine Verhandlung der beteiligten Organisationen statt, die mit einer Erhöhung der Teuerungszulage um 10 1/2 pro Stunde endete.

Auf Anregung unseres Hauptvorstandes fanden dann am 10. April mit dem Westdeutschen Malermeisterverband Verhandlungen über eine weitere Teuerungszulage für alle Orte statt. Dabei wurde vereinbart, daß der Vorstand seinen Ortsgruppen empfehlen wolle, ab 1. Mai eine weitere allgemeine Teuerungszulage von 9 1/2 pro Stunde zu zahlen. In den meisten Orten wurde dieser Beschluß glatt durchgeführt, dagegen machte sich in einigen andern eine Gegenströmung geltend. Dort wollte man, ähnlich wie im Baugewerbe, zuerst die Zusicherung haben, daß die staatlichen und kommunalen Auftraggeber die Zulage zurückzahlen. Nach Ueberwindung dieser Schwierigkeit wurde die Zulage von 9 1/2 überall gezahlt. Ein weiterer Versuch, die Teuerungszulage in der vom Reichsamt des Inneren empfohlenen Höhe von 10 1/2 nachträglich anzuerkennen, lehnte der Westdeutsche Malermeisterverband ab. Eine weitere Erhöhung von 10 1/2 pro Stunde konnte bei einer Düsseldorfer Firma auf dem Wege der Vereinbarung erreicht werden. Diese Firma führt in der Hauptsache Arbeiten in der Heresindustrie aus. — Eine Kölner Firma, die in einer Pulverfabrik bei Rathenow größere Arbeiten ausführt, wurde in einem Schreiben ersucht, den dort beschäftigten Gehilfen dieselben Löhne zu zahlen, die die Berliner Konkurrenzfirma zahlen müsse. — Nachfolgendes Schreiben wurde uns von der Firma übersandt:

Antwortlich Ihres Schreibens vom 2. dieses Monats bedarf ich Ihrer Kontrolle respektive Vermittlung betreffs der Lohnregulierung in meinem Geschäft nicht und werde ich diese Angelegenheit auch ohne Sie zu regeln wissen; mithin erübrigt sich Ihr angefragter Besuch am 5. dieses Monats bei mir.

Trotzdem können wir als Erfolg feststellen, daß hierauf die Kollegen die Berliner Löhne erhielten.

Auf dem Wege der Verhandlung gelang es, mit einer Kölner Firma, die in Leverkusen-Wiesdorf größere Arbeiten ausführt, eine Lohnenerhöhung von 10 1/2 pro Stunde und 15 pSt. für Fahrgehalt und Fahrzeit zu vereinbaren. Die Ortsabreiter Arbeitgeber bewilligten eine Teuerungszulage von 11 1/2 für die Stunde.

Die Buraumöbelfabrik „Rh.-Westf. Holzindustrie G. m. b. H.“ in Dortmund gewährte den Gehilfen nur eine Teuerungszulage von 4 1/2 pro Stunde. Nach mehrmaligem Schreiben und persönlicher Aussprache wurden 5 1/2 nachbewilligt. Die Firma glaubte, eine schon früher gewährte Teuerungszulage aufrechnen zu können, was aber nach der Vereinbarung unzulässig war, da diese vor dem 1. Januar gewährt wurde.

Aus unserm Beruf.

Kollege Adam, Breslau, gestorben. Der Angestellte unserer Filiale Breslau, Kollege Adam, kam nach seiner Verwundung in Flandern in ein bayerisches Lazarett, wo er nun in der vergangenen Woche verstorben ist. Mit ihm erliden unsere Organisation, besonders die Filiale Breslau, einen herben Verlust. Seit vielen Jahren daselbst tätig, war er aufs eifrigste bemüht, die Filiale hochzubringen, die Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Der Ausschöpfung der Filiale vor dem Kriege war zu einem großen Teil auf das Streben Adams im Verein mit gleichgesinnten aufgestellten Mitgliedern zurückzuführen. Seine Hoffnung, mit verstärkten Kräften nach dem Eingange des Friedens wieder für die Ausrichtung der Organisation eintreten zu können, sollte sich leider nicht erfüllen, er selbst blieb als Opfer des grausigen Völkermordens auf der Waghstatt. Adam, in Hildesheim a. Rh. geboren, hatte sechsen sein vierzigstes Lebensjahr vollendet. Seit 1899 befand er sich in Breslau, wo er auch im selben Jahre unserm Verbands beitrug. Sein Andenken wird von uns in Ehren gehalten!

Gewerkschaftliches.

Ueber die Lohnverhältnisse der Bauarbeiter hat der Deutsche Bauarbeiterverband eine Erhebung in ganz Deutschland vornehmen lassen. Stichtag für die Angaben war der 8. Dezember 1917. Seitdem ist eine weitere Teuerungszulage von 10 1/2 in Kraft getreten und eine neue Teuerungszulage von 5 1/2 durchgesetzt. Die Löhne stehen jetzt im allgemeinen also um 15 1/2 höher als zur Zeit der Erhebung. Um aber die Lohnsteigerung im Kriege auszurechnen, müssen wiederum 8 1/2 abgezogen werden, die schon vor dem Kriege zugestanden waren. Nach der Erhebung, die 90 000 Bauarbeiter erfaßte und alle Orte ergriff, beträgt der durchschnittliche Stundenlohn der Maurer 95,7 1/2 oder 87,6 pSt. mehr als vor dem Kriege; der der Hilfsarbeiter 85 1/2 oder 88,9 pSt. mehr als vor dem Kriege. Der durchschnittliche Stundenlohn der Erdbauer beträgt 82,5 1/2, der Betonarbeiter 103,7, der Stuckateure 140,6, der Fliesenleger 144,4, der Folierer 113 und der Spezialmaurer 100,7 1/2. Daneben erhielten in allen Berufs-

gruppen noch etwa ein Fünftel der Berufsstätigen eine Aufwandsentschädigung für Arbeiten außerhalb des Wohnortes. Am größten und ganzen ist demnach der Verdienst der Panarbeiter heute durchschnittlich doppelt so hoch wie vor dem Kriege. Ein voller Ausgleich gegenüber den Preisen der Lebensmittel und Bedarfsartikel ist natürlich noch lange nicht erreicht, da diese viel höher gestiegen sind.

Der Verband der Kupferschmiede nahm im Jahre 1917 die gleich günstige Entwicklung wie im vorhergehenden Jahre. Die Mitgliederzahl stieg von 3378 auf 3857; bei Kriegsausbruch hatte der Verband 5507 Mitglieder. Lohnbewegungen sind im Jahre 1917 in 66 Fällen in 20 Orten mit 58 Betrieben und 2117 Beschäftigten geführt worden. Jahr 1917 Kupferschmiede wurde eine Lohnverhöhung von M 35 917 pro Woche erreicht. Da hierbei nicht in allen Fällen die durch die Erhöhung der Akkordverdienste und durch sonstige Zugeständnisse eingetretene höheren Verdienste rechnerisch erfasst werden konnten, bleibt diese Zahl jedenfalls noch hinter der Wirklichkeit zurück. Tarifverträge bestanden am Jahreschluss 18 für 248 Betriebe mit 7108 Beschäftigten.

Zum erstenmal seit Kriegsausbruch ist wieder eine Zunahme der geleisteten Beiträge, und zwar um 28 930, festzustellen. Die durchschnittliche Beitragsleistung ist von 48 auf 46,7 gestiegen. Die Gesamteinnahmen in Haupt- und Nebenkassen betragen M 255 687, denen eine Ausgabe von M 168 508 gegenübersteht. Neben den statutarischen Verbandunterstützungen in Höhe von M 36 136 beanspruchte die auf Grund von Extrabeiträgen durchgeführte Familienunterstützung der Kriegsteilnehmer M 55 800. Seit Kriegsausbruch sind für diese Unterstützung M 338 457 eingenommen und M 302 784 ausgegeben worden. Das Verbandsvermögen beträgt am Jahreschluss M 385 088. Davon in der Hauptkasse M 298 057, in den Bezirks- und Nebenkassen M 87 031; es hat um M 92 091 zugenommen.

Sozialpolitisches.

Wo bleiben die beschlagnahmten Lebensmittel? Dem Schleichhandel geht man in der letzten Zeit sehr hart zu Leibe. Mit Recht. Gefährdet er doch fast unsere gesamte öffentliche Lebensmittelversorgung. Es ist allerdings ein Unterschied zu machen zwischen dem gewerbsmäßigen Schleichhandel und dem gelegentlichen Schleichhandel. Der gewerbsmäßige Schleichhändler sucht Lebensmittel aufzukaufen aus Gewinnsucht; er nützt die Not der Menschen aus, und das ist das Verwerfliche, was man sich denken kann. Allgemein begrüßt wurden deshalb die lange geforderten schärferen Bestimmungen, daß der gewerbsmäßige Schleichhändler mit Gefängnis, Zuchthaus und hohen Geldstrafen zu verurteilen ist und ihm eventuell auch die bürgerlichen Ehrenrechte abzunehmen sind. Auch die zusammengeschmiedeten Bestände müssen rücksichtslos beschlagnahmt und ohne Vergütung dem Schleichhändler abgenommen werden. Anders allerdings müssen die Personen behandelt werden, die von Hunger getrieben aufs Land gehen und sich dort kleine Mengen Lebensmittel holen, um ihrer Familie das Durchhalten in dieser schweren Zeit zu ermöglichen. Gewiss schadet auch das Zusammenhamstern von kleinen Beständen der Allgemeinheit. Wir haben nur eine bestimmte Menge Lebensmittel, weil wir abgeschlossen sind vom Ausland und unsere einheimische Produktion zurückgeht; aber menschlich begrifflich und verständlich ist es, wenn eine Mutter für ihre unterernährten Kinder einige Pfund Kartoffeln oder ein paar Eier usw. sich zu verschaffen sucht. Läßt man allerdings zu große Milde walten und läßt zuviel Nachsicht, dann würde auch dieser Schleichhandel einen noch weit größeren Umfang annehmen, als dies ohnehin schon der Fall ist. Man kann deshalb begreifen, daß die Behörde es nicht duldet, und daß auch kleinere Bestände beschlagnahmt werden, um sie der Allgemeinheit wieder zuzuführen. Viele Hamsterer haben sogar Verständnis für die Beschlagnahme; was sie aber nicht verstehen können, ist das zum Teil rigorose und geradezu brutale Vorgehen einzelner Gendarme und Militärpersonen. Man muß die Szenen an Kleinbahnhöfen in Landgemeinden erlebt haben. Lebhaftige Auseinandersetzungen, sogar Schlägereien sind oft die Folge, weil die Beamten auch das allergeringste Quantum rücksichtslos wegnehmen, nicht einmal die Behälter (Koffer, Taschen, Säcke) zurückgeben und keinerlei Vergütung dafür erfolgt und, was das Schlimmste ist, die Bevölkerung teils keine Kontrolle darüber besitzt, was mit den beschlagnahmten Lebensmitteln geschieht. Es sind die tollsten Gerüchte im Umlauf. Man erzählt sich von Gendarmen, die die abgenommenen Lebensmittel ihrer Familie oder ihren Verwandten zuführen, die die Lebensmittel vergraben und dergleichen mehr. Den Gerüchten ist schwer entgegenzutreten. Nur eine Möglichkeit besteht, die Grundlage für diese Gerüchte zu entziehen: Die Beamten müßten verpflichtet werden. Quittung über die beschlagnahmten Lebensmittel zu leisten. In der Quittung müßte das Quantum (Gewicht oder Stückzahl) der beschlagnahmten Lebensmittel angegeben sein, Tag und Stunde, wann die Beschlagnahme erfolgt ist, die Namensunterschrift des betreffenden Beamten unter Angabe der Behörde, in deren Auftrag der Beamte tätig ist. Die Leute hätten dann die Möglichkeit, Beschwerde bei der Behörde zu erheben, oder wenigstens Nachforschungen darüber anzustellen, ob der Beamte die Lebensmittel auch reiflos abgeliefert hat. Es bedürfte ja nur der Einwendung der Quittungen, die aufgerechnet und mit den von den Beamten abgelieferten Lebensmitteln zu vergleichen sein würden. Das würde überaus beruhigend auf die Bevölkerung wirken. Aber nicht nur das. Die Lebensmittel müßten dann auch der Gesamtheit wieder zugute kommen, indem sie zu den Beständen der Gemeinde geworfen würden und dadurch vielleicht die allgemeine Nation etwas erholt würde, oder aber, indem diese Bestände den Schwerkranken oder kranken Personen zugute kommen. Die Gemeinden aber müßten von Zeit zu Zeit in irgendeiner Form die Öffentlichkeit darüber aufklären, wie viele Lebensmittel beschlagnahmt wurden und wie diese Bestände Verwendung gefunden haben. So wie die Sache jetzt gehandhabt wird, kann es nicht weitergehen. Man kann nicht einfach den Leuten Lebensmittel abnehmen und sie im un-

klaren darüber zu lassen, was damit geschieht, und wenn sie zugute kommen. Die vom Metzelsauschuß für Konsumenteninteressen aufgestellte Forderung wäre jedenfalls geeignet, eine Quelle der Verbitterung zu verstopfen und Verlehten den Boden zu entziehen, die ungeheuer viel Schaden anrichten.

Polizei und Gerichte.

Haftet der Arbeitgeber für die seinen Arbeitern in den Werkräumen gestohlenen Sachen? Sehr erheblich mehren sich die Fälle, daß ein trauriges Zeichen unserer Zeit — den Arbeitern in den Werkräumen die Kleidungsstücke gestohlen werden. Sehr häufig erhebt sich deshalb die Frage, ob der Arbeitgeber verpflichtet ist, für solche Verluste Schadenersatz zu leisten. Im allgemeinen trägt er nun eine solche Haftung nicht, sondern nur, wenn ihm irgendwelche Schuld oder Fahrlässigkeit dabei nachgewiesen werden kann. Das wird aber meist der Fall sein. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, Gelegenheiten zum Unterbringen von Kleidungsstücken usw. zu beschaffen und die Einrichtungen auch so zu treffen, daß Diebstähle nicht möglich sind. Andernfalls liegt ein Verstoß gegen die im Verlehte erforderliche Sorgfalt vor, zu deren Beobachtung der Arbeitgeber nach § 276 des Bürgerlichen Gesetzbuches verpflichtet ist. Der Arbeiter kann nicht selbst Maßnahmen zum Schutze seiner Sachen treffen, er ist auf die vom Arbeitgeber getroffenen Einrichtungen angewiesen. Auf zweckentsprechende Maßregeln muß insbesondere der Inhaber eines größeren Betriebes bedacht sein, da in diesem die Diebstahlsgefahr besonders groß ist. Auf diesen Standpunkt stellte sich auch das Gewerbegericht Spandau in einem Urteil vom 18. Februar 1918. Es hielt eine Kleiderablage, die während des Schichtwechsels längere Zeit offen stand und bei der die Wächter nicht darauf achten konnten, ob jeder nur seine eigenen Sachen nahm, für keine ausreichende Maßregel gegen Diebstähle. Es verurteilte deshalb die betreffende Firma zum Ersatz der einem Arbeiter dort entwendeten Kleidungsstücke. Es sind zahlreiche Möglichkeiten denkbar — so heißt es in der Begründung —, wie die Kleider der Arbeiter wirksam geschützt werden können. Es kann für jeden Mann oder für zwei bis drei Personen ein Schrank vorhanden sein; es kann wie bei den Theatern die Heberbringung der Sachen gegen Marken erfolgen; es können die Gegenstände durch eine unten mit einem Vorleschloß verbundene Kette gesichert werden, wie es in der Unterstadt Berlin geschieht, usw. Die Kosten dürfe ein Unternehmer nicht scheuen, selbst wenn er mehrere tausend Arbeiter beschäftigen sollte.

Genossenschaftliches.

Der Bund der Festbesoldeten hat in einer Denkschrift Vorschläge zum Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft gemacht. In der Einleitung wird mitgeteilt, daß der Vorstand zu allen wichtigen Fragen der Kriegswirtschaft, besonders im Gebiete der Lebensmittelversorgung, Stellung genommen habe. In der Vorstandssitzung vom 25. November 1914 sei ein Antrag auf Gründung eines Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen beraten und beschlossen worden, mit allen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten wegen Schaffung einer sich über das ganze Reich erstreckenden Konsumentendvertretung in Verbindung zu treten. Diese sei dann auch geschaffen worden. Der Bundesvorstand habe sich in der Folgezeit auch in Einzelfragen unmittelbar mit den in Frage kommenden Behörden in Verbindung gesetzt und das Verbraucherinteresse vertreten. In Wort und Schrift seien ferner führende Vorstandsmitglieder des Bundes für eine Vereinheitlichung des deutschen Konsumgenossenschaftswesens und für eine engere Verbindung der Verbraucher mit der Landwirtschaft eingetreten. Weiter habe sich die Bundesleitung an der von der Reichsregierung eingeleiteten Bewegung zur Aufklärung über die Volksernährung beteiligt. Unter den in der Denkschrift aufgestellten Grundsätzen heißt es über „Soziale Fragen“ im Absätze 7:

Als ein wichtiges Mittel, die wirtschaftliche Lage der Festbesoldeten nach dem Kriege zu verbessern, wird die wirtschaftliche Selbsthilfe zu gelten haben. Deshalb darf das Recht auf Benutzung genossenschaftlicher Selbsthilfeeinrichtungen — Bau-, Spar-, Konsumgenossenschaften — und die ehrenamtliche Betätigung in diesen durch gesetzliche Bestimmungen oder behördliche Verfügungen nicht beschränkt werden. Steuer- und sonstige Ausnahmegesetze, die die genossenschaftliche Selbsthilfe in ihrer Entwicklung zu hindern geeignet sind, lehnt der Bund der Festbesoldeten ab und fordert deren Aufhebung.

Unter staatsbürgerliche Fragen wird die Forderung erhoben, daß für die öffentlich-rechtliche Vertretung der nach Friedensschluß besonders pflichtig zu behandelnden Konsumenteninteressen Konsumentenkammern geschaffen werden. Das Vorgehen der organisierten Festbesoldeten verdient volle Anerkennung.

Der Geschäftsbericht der Hamburger „Produktion“ für 1917 ist soeben erschienen. Wie in den Vorjahren weist er auch für das verflossene Geschäftsjahr einen erfreulichen Aufstieg dieser Genossenschaft auf. Die Zahl der Mitglieder ist im Laufe des Jahres am 9700, von 91 021 auf 108 721 gestiegen. Der Umsatz der Handelsgesellschaft „Produktion“ wurde um rund 4 1/2 Millionen Mark, nämlich von M 46 435 527,31 auf M 50 649 534,47 gesteigert. Von dem Umsatz entfallen allein auf die Bäckerei rund 4 1/2 Millionen, auf die Schlachtereien nahezu 32 Millionen Mark. Dieser gewaltige Umsatz in der Schlachtereien konnte freilich nur erreicht werden durch die Tätigkeit der „Produktion“ für die Seeresverwaltung. In der „Produktion“ befindet sich der größte Schlachtereibetrieb ganz Deutschlands. 1116 Personen waren am Jahresabschluss in diesem Betriebe beschäftigt. Die „Produktion“ hatte im letzten Jahre 116 Warenverkaufsstellen, 60 Brotläden, 31 Schlachtereiläden, 19 Grünwarenläden, einen Spezialladen und

4 Kohlenlager. Außer der Bäckerei und Schlachtereien hat sie eine Reihe anderer Eigenbetriebe, darunter eine Backwarenfabrik, eine Tischlerei, eine Mempierei, eine Schmiede, eine Mühle, eine Kaffeerösterei, eine Mineralwasseranlage, eine Kohlenabteilung, ein landwirtschaftliches Gut in Schwandsee mit eigener Brennerei und Molkerei. Im Laufe des Jahres hat die „Produktion“ noch zwei weitere Rollereien erworben. Der Geschäftsanteil der Mitglieder beträgt über 2 Millionen Mark, der Notfonds über 20 Millionen. Der Bestand der Sparkasse ist im Laufe des Jahres von 9 1/2 Millionen auf 12 1/2 Millionen Mark gestiegen. Der Meingewinn der „Produktion“ belief sich auf rund M 80 000, dazu kommt eine Rückvergütung an die Mitglieder in Höhe von M 1 800 000. Für soziale Zwecke (Familienunterstützungen, Feuerungszulagen, Winterhilfe usw.) hat die „Produktion“ über 1 1/2 Millionen Mark ausgegeben. Die „Produktion“ hat eine Reihe Grundstücke erworben und hat mehrere größere Bauten, darunter ein eigenes Warenhaus, für die Zeit nach dem Kriege vorbereitet. Das Wintererholungsheim Baffrag an der Ostsee soll so schnell wie möglich fertiggestellt und seiner Bestimmung übergeben werden. So entfaltet die Verwaltung der „Produktion“ auf allen Gebieten eine rührige Tätigkeit, die dazu beiträgt, den guten Ruf zu vermehren, den diese vorbildliche Genossenschaft in ganz Deutschland und über dessen Grenzen hinaus genießt.

Literarisches.

Die „Sozialistischen Monatshefte“, redigiert von Dr. J. Bloch (Geschäftsstelle: Berlin W 35, Potsdamer Straße 121 h) haben soeben das 12. Heft ihres 24. Jahrganges erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Die ukrainische Warnung, von M a z C o c h e n, Mitglied des Reichstages. — Koloniale Selbstregierung, Manchestertum und Imperialismus, von M a z S c h i p p e l. — Ein Fortschritt zum freien Koalitionsrecht, von K o b e r t S c h m i d t, Mitglied des Reichstages. — Ostübliche Arbeiter in Deutschland, von K u l l u s B e r g e r. — Gewerksarbeit und Organisation der Frauen, von H e i n r i c h M a h l e r. — Das Gemeinbewußtsein, von D r. S u g o L i n d e m a n n, Mitglied des Landtages. — Nationalitätenfragen, von D r. L u d w i g Q u e s s e l, Mitglied des Reichstages. — Das summarische Verfahren, von D r. S u g o S c h e i n m a n n. — Berliner Bühnen, von M o r a Z e p l e r. — Die Vereinfachung der Bauweise, von P a u l W e f f e l h e i m. — Aus der Zeit. — Die Toten: Tschenow, Wabahn, Gauer, Girardi, Wagner, und andere mehr. Der Preis des Heftes beträgt 60 P., der Preis eines Vierteljahresabonnements M 1,80. Zu beziehen durch jede Buchhandlung, in den Städten und Bahnhöfen, bei allen Postverkäufern, durch jede Postanstalt sowie direkt durch den Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Berlin W 35. Man verlange vom Verlag ein Heft zur Ansicht.

„Arbeiter-Jugend“. Die Nr. 9 des zehnten Jahrganges hat unter anderem folgenden Inhalt: Karl May zum hundertsten Geburtstag. — Vor 25 Jahren: Die U. G. Kiel. — Karl Marx' Leben. Von M. Beer. — Adolf Duno: Was ist Kunst? (Mit Abbildungen). — Bild und Verstellung der Tiere. Von A. G. Bontel (Schluß). — Aus Marx' Gedankenwelt. — Aus der Jugendbewegung. — Die Gegner an der Arbeit.

„Technik für Alle“. Jahrgang 1917/18. Kranthals Verlagshandlung, Stuttgart. Preis vierteljährlich M 1,40. Diese bekannte, aus reichhaltigste ausgestattete Zeitschrift bringt unter anderem in Heft 10 die interessante Mitteilung, daß die Strecke Warschauer Straße — Pöhlischer Garten mit einer Länge von etwa 11 km und einem Kostenaufwand von 5 Millionen Mark für 1 km hergestellt wurde. Auch sonst sind in dem Heft noch beachtenswerte Zahlen über „Verkehrsbauten“ enthalten. So kostet zum Beispiel die für die Straßenbahn notwendig gemauerte „Umlenkeinrichtung“ 8 Millionen Mark. Wer sich für solche Dinge noch weiter interessiert, dem empfehlen wir ein Abonnement auf die „Technik für Alle“. Die weiteren uns vorliegenden Hefte 11 bis 12 enthalten sehr lehrreiche Abhandlungen aus den verschiedensten Gebieten der Technik und Industrie, so zum Beispiel einen Aufsatz von Albert Schmidt: „Die Kraft, ein neues Kriegsmittel“.

Sterbetafel.

Darmstadt. Am 8. Mai starb der Kollege Wilhelm Fischer im Alter von 58 Jahren in Ebersdorf. Obre seinem Andenken!

Vereinsteil.

Bericht der Hauptkasse vom 13. bis 18. Mai. Eingekandt haben: Düsseldorf M. 200, Stuttgart 600, Mannheim 600, Hamburg 500, Arnstadt 5, Verband der Maler (Schweiz) 7,40.

Die Woche vom 26. Mai bis 1. Juni ist die 22. Beitragswoche. S. Wenker, Kassierer.

!Pade!

Freiwaren, und andere Anstrichmittel laßt zu jedem annehmbaren Preise gegen Kasse. Nur Angebote, mit Muster und Preis beantwortet M. Andersch, Berlin, Nauhaarder Straße 8.

harlaures und Bleimangen

oder ähnliche Stoffe für die Glacéherstellung zu kaufen gesucht. Angebote an Chr. Hoffmann-Steinbergische Farbenfabriken, G. m. b. H., Celle (Hannover).